

DIE NATO NACH 1989: NEUE STRATEGIE UND NATO-ERWEITERUNG

Anton Pelinka

Beitrag zum „Handbuch zur europäischen Sicherheitspolitik“, herausgegeben
von Guenther Hauser und Franz Kernic

Der Generalsekretär der NATO, Jaap de Hoop Scheffer, hat die Strategie der NATO nach 1989 in drei Aspekten zusammengefasst:(de Hoop Scheffer 2004: 13)

- Erweiterung der NATO durch neue Mitglieder und spezielle Partnerschaften
- Militärische Operationen auch außerhalb des euro-atlantischen Raumes
- Modernisierung von Kommandostrukturen und operativ einsetzbaren Kräften

Diese Entwicklung der NATO ist freilich nicht das Resultat einer kontinuierlichen Entwicklung. Nimmt man 1989 – das Jahr, in dem erstmals ein antikommunistischer Regierungschef die Regierungsgeschäfte in einem Mitgliedsstaat des Warschauer Paktes übernahm und der „Eiserne Vorhang“ aufgehoben wurde – als Stunde null einer völlig neuen Entwicklung des Nordatlantikpaktes, so hat es mehrere Entwicklungsschübe gegeben. Diese können in drei Phasen eingeteilt werden: Die Phase eines unsicheren Suchens nach zentralen Aufgaben, nachdem die ursprüngliche Kernfunktion so erfolgreich erfüllt war; die Phase eines neuen Agierens, speziell unter der Führung einer multilateral agierenden US-Regierung; und die Phase erneuter Unsicherheit als Folge eines wachsenden Unilateralismus eben dieser (freilich neuen) US-Regierung.

In der ersten Phase schien die zukünftige Existenz der NATO ungesichert; in der zweiten Phase fand die NATO zu neuer Bedeutung; und in der dritten Phase ist diese Bedeutung erneut reduziert.

1. Die neue Ungewissheit: 1989 – 1995

Das Ende des Warschauer Paktes und die Implosion der UdSSR haben der NATO das Bezugsfeld genommen, für das und in dem sich der Nordatlantik-Pakt definiert hatte: Der Kalte Krieg mit seinem klaren Bedrohungsszenario und den davon konsistent zu deduzierenden Konsequenzen hatte zu bestehen aufgehört. Da die NATO sich als Antwort auf eine bestimmte, als bedrohlich empfundene globale (vor allem europäische) Situation verstanden hatte, bedeutete der Wegfall dieser Situation und der damit verbundenen Bedrohung auch den Wegfall der dafür vorgesehenen Antwort. Der NATO schien, mit ihrem die NATO erst konstituierenden Feindbild, auch ihre Kernkompetenz abhanden gekommen zu sein.

Die NATO hatte zunächst, 1989 bis 1991, durchaus Grund, positiv Bilanz zu ziehen. Die Allianz Westeuropas und der USA hatte – im Sinne der verschiedenen sicherheitspolitischen Konzepte von „containment“ und „determent“ – eine historische Aufgabe erfolgreich wahrgenommen. Mit der 1987 einsetzenden Abrüstung (INF, dann START) und der damit verbundenen, von der sowjetischen Führung ausgehenden Signalen wurde der NATO klar, dass ihre Mission erfüllt war. Die ebenfalls 1989 rasant einsetzende Transformation der kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa unterstrich, dass die NATO von einem eindeutigen Befund ausgehen konnte: „mission accomplished“.

Nachdem die Aufgabe „keep the Germans down“ schon ab 1954 nicht mehr Teil der Funktion der NATO war, erübrigte sich zwischen 1989 und 1991 schließlich auch die Aufgabe „keep the Russians out“. Die dritte der Aufgaben – „keep the Americans in“ – schien damit überflüssig geworden. Wozu sollte in einem Europa, das sich auf den Binnenmarkt und bald auch auf Erweiterungsrunden einstellte, das sich auch zu einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) verpflichten wollte, warum sollte in diesem sich integrierenden Europa den USA (und ihren Streitkräften) noch ein besonderer sicherheitspolitischer Stellenwert zukommen?

Damit stand freilich die Frage nach der weiteren Funktion, ja nach der Notwendigkeit der NATO im Raum: Wie sollte die sich als Defensiv-Allianz verstehende NATO ihre weitere Existenz legitimieren, wenn das „defining other“, wenn Warschauer Pakt und Sowjetunion nicht mehr existierten? Wie sollte die weitere Existenz des verteidigungspolitischen Arms der „Ersten Welt“ weiter legitimiert werden, wenn es keine diese Welt bedrohende „Zweite Welt“ mehr gab? Wie sollte die US-Regierung gegenüber ihrer Gesellschaft, ihrem Elektorat

sicherheitspolitische Investitionen in einem Kontinent rechtfertigen, dem sie gerade zum größten Triumph liberaler Demokratie verholfen hatte? Und wie sollten europäische Regierungen den besonderen Stellenwert begründen, der – im Rahmen der NATO – der militärischen und sicherheitspolitischen Präsenz der USA in Europa zukam?

Die NATO hatte gesiegt – und schien sich, als Beispiel für eine „selfelimination by success“, damit überflüssig gemacht zu haben. Und als die ersten postkommunistischen Kriege ausbrachen – im Transkaukasus, ab 1989; in Jugoslawien, ab 1991 – da agierte nicht die NATO, da agierten europäische Regierungen; da versuchten UN und OSZE friedensstiftend einzugreifen, aber nicht die NATO – und damit zumindest tendenziell auch nicht die USA.

Die USA engagierten sich im Nahen Osten – vor allem 1991. Doch Europas Sicherheitsprobleme sollten Sache der Europäer sein. Und so gab es, im früheren Jugoslawien, zunächst eine deutsche und eine französische, eine britische und italienische und sogar eine österreichische Politik; nicht aber – jedenfalls nicht in Form eines entsprechenden Engagements – eine US-Politik. Und damit gab es auch nicht den Faktor NATO.

In Europa herrschte, nach 1989, eine optimistische Sicht der Weltpolitik vor. Die Welt wurde, wie das Robert Kagan ausdrückte, in Europa als „Venus“ wahrgenommen, auf der Immanuel Kants „Ewiger Friede“ unmittelbar bevorzustehen schien. In Amerika setzte sich jedoch tendenziell – und erst recht ab 2001 – die Wahrnehmung durch, die Welt als „Mars“ im Sinne von Thomas Hobbes zu sehen. (Kagan 2003) Die Weltsicht auf den beiden Seiten des Atlantiks entwickelte sich – mangels eines einigenden Feindbildes – zunehmend auseinander.

Clintons Wahlkampf war 1992 von einer demonstrativen Abstinenz bezüglich eines sicherheitspolitischen Engagements in Europa gekennzeichnet. „It's the economy, stupid“ hielt seine Kampagne dem außenpolitisch erfolgreichen Präsidenten George Bush entgegen. Dessen Erfolge schlossen aber kein klares Konzept für ein sicherheitspolitisches US-Engagement in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges ein. „Europa den Europäern“ – diese amerikanische Parole war auch der Versuch, die sicherheitspolitischen Lasten in Europa nicht mehr als transatlantische Gemeinsamkeit sondern als exklusive Aufgabe Europas zu sehen. In den USA gab es schließlich auch Interessen, nach dem Ende der UdSSR eine „Friedensdividende“ zu kassieren.

Mit dem erkennbaren Desinteresse der USA, sich zwischen 1991 und 1995 militärisch in die postjugoslawischen Kriege ziehen zu lassen, kam auch der NATO keine erkennbare Rolle zu. Erst als Clinton seine zunächst weitgehend innenpolitische Orientierung in Richtung Außenpolitik verschob – vor allem nach der Niederlage der Demokraten bei den Kongresswahlen 1994, kam es zu einer Wiederbelebung des Nordatlantikkpakt.

Es war eine Wiederbelebung unter der alten Führungsmacht USA. Bis zur Intervention der USA in Bosnien-Herzegowina, 1995, hatten zwar NATO-Staaten in unterschiedlichen Formen interveniert – etwa die niederländischen Truppen, die (unter UN-Mandat) 1995 in Srebrenica das genozidale Massaker nicht zu verhindern vermochten. Aber die NATO schien gelähmt. Aus dieser Lähmung befreite sie die Entscheidung des US-Präsidenten, einen Diktat-Frieden durch militärischen Einsatz herbeizuführen: Der „Dayton-Akkord“ war und ist eine „Pax Americana“, abgesichert durch eine wieder belebte NATO. (Winn & Lord 2001: 106 – 139)

2. Eine neue Rolle: 1995 – 2001

Die Interventionen der USA 1995 (Bosnien-Herzegowina) und 1999 (Kosovo) gaben der NATO eine neue Rolle: die der aktiven Friedensstiftung jenseits von klassischen Defensivüberlegungen.

Die Rolle, die der NATO in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens zuwuchs, hatte sich schon davor abgezeichnet: 1994 wurde die „Partnership for Peace“ (PfP) gegründet, die für viele postkommunistische Staaten eine Vorstufe zur Mitgliedschaft in der NATO war. Mitglieder der PfP beteiligten sich auch – ohne eigentliche NATO-Mitgliedschaft – an den NATO-Einsätzen in Bosnien-Herzegowina (SFOR) und im Kosovo (KFOR). Die Definition der PfP als „NATO light“ hat daher durchaus Berechtigung, wenn auch einige der sich weiterhin neutral oder Paktfrei definierenden PfP-Staaten eine solche Begrifflichkeit nicht akzeptieren können. Der 1997 geschaffene „Euro-Atlantic Partnership Council“ (EAPC) diente und dient auch der teilweisen Einbindung Russlands in die durch die Erweiterung der NATO veränderte sicherheitspolitische Strategie.

Die Erweiterungsschritte 1999 (Polen, Tschechische Republik, Ungarn) und 2004 in die NATO (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien) demonstrierten die strukturelle Überwindung eines durch das Ende des Ost-West Konfliktes überholten Defensivkonzepts: Nicht nur wurden Staaten, die dem vormaligen Kontrahenten –

dem Warschauer Pakt – angehört hatten und sogar drei frühere Teilrepubliken der UdSSR aufgenommen; diese mit der EU-Erweiterung weitgehend kongruente NATO-Erweiterung steht für die 1995 und danach entwickelten neuen Funktionen der NATO.

In diese Phase fallen die beiden entscheidenden Entwicklungsschritte der NATO nach 1989: die Erweiterung ihrer Mitglieder und die Erweiterung ihrer Aufgaben. Nachdem sich die NATO schon ab 1992 im Rahmen des „peace keeping“ von UN und OSZE „out of area“ – nämlich in Bosnien und Herzegowina – engagiert hatte, griff die NATO 1995 militärisch in diesen postjugoslawischen Krieg ein: Der im August 1995 durchgeführte Militärschlag „Deliberate Force“ war die bis dahin größte Militäraktion der NATO. (Varwick, Woyke 2000: 62)

Dass als Resultat dieses Militärschlages der Dayton-Akkord und damit ein „negativer Friede“ möglich wurde; und dass im Dezember 1995 die NATO ein UN-Mandat zur Überwachung des Friedens erhielt, wurde als Erfolg dieser Entwicklung der NATO gewertet. Dass der Militärschlag aber ganz eindeutig das Resultat der Politik der USA und nicht der Politik der europäischen Verbündeten war, wies schon auf das Problem der mangelnden Balance zwischen den USA und Europa.

Diese Problematik war auch bei der zweiten wesentlichen NATO-Operation in dieser Phase deutlich, bei den im März und April 1999 durchgeführten Luftangriffen auf jugoslawischen (serbische) Stellungen und die dadurch erzwungene Aufgabe serbischer Kontrolle über den Kosovo. Dass diese Operation wieder unter klar erkennbarer Führung der USA erfolgte, provozierte die EU zur Intensivierung ihrer schon im Vertrag von Maastricht (1992) verankerten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Den USA sollte nunmehr ein mit einem klaren EU-Mandat ausgestatteter „Hoher Beauftragter“ der vom Rat der EU formulierten GASP gegenüberstehen. (Varwick, Woyke 2000: 62 f.)

Der Militärschlag gegen Jugoslawien (Serbien), 1999, war auch unter der öffentlich wahrnehmbaren Verantwortung der NATO. Anders als vier Jahre später trat die NATO in Erscheinung, um die Gründe, den Ablauf und das Ende der militärischen Aktion darzustellen. Kosovo 1999 war der Höhepunkt der internationalen Rolle der NATO. (Schober 2002)

Die Intensivierung der NATO ab 1995, unter der Führung der USA, führte zu einer Intensivierung der europäischen Integrationsbemühungen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Dass diese Integration allerdings das nationale Souveränitätsprinzip innerhalb der EU in Angelegenheiten der Außen- und Sicherheitspolitik nicht antastete, war

schon ein Zeichen dafür, woran ein potentieller Akteur EU scheitern sollte. (Winn, Lord 2001: 47 – 73)

Die 1995 eingeleitete Neuorientierung der NATO wurde 2001 unterbrochen. Die USA beantworteten die Aggression des 11. September mit einem unilateralen Schlag. Die Solidaritätsbereitschaft der NATO-Partner und der NATO insgesamt wurde beim militärischen Vorgehen in Afghanistan faktisch ignoriert. Bei der Planung des Krieges gegen den Irak konnten die USA nicht mehr auf eine solche Solidaritätsbereitschaft der NATO setzen: Die NATO war, wegen der Gegensätze zwischen ihren (vor allem auch europäischen) Mitgliedern, im Irakkrieg handlungsunfähig. Der ab 2001 deutliche Trend der US-Politik zu unilateralem Vorgehen und zur einseitigen Definition von Sicherheit und Sicherheitspolitik („preemptive strike“-Doktrin, 2002) reduzierte die Bedeutung der NATO erheblich: Die USA (jedenfalls die Regierung George W. Bush) begann sich von Europa und damit aber auch von der NATO zu entfernen. (Hoffmann 2003) Und Europa hatte Grund, die USA als einen Partner wahrzunehmen, der seine Sicherheit zunehmend unabhängig von der Interessenlage Europas definiert. (Pradetto 2004)

Wie wenig die NATO die strategischen Entscheidungen der USA ab 2001 die NATO als Faktor berücksichtigten, zeigt ein Blick in den Index der beiden gründlichen, mit den Methoden des investigativen Journalismus erstellten Bücher von Bob Woodward. Im Index der ersten Buches, mit dem er den Entscheidungsprozess an der Spitze der USA unmittelbar nach dem 11. September und am Beginn der Afghanistan-Intervention beschreibt, wird die NATO insgesamt noch mit sechs (jeweils eher kurzen) Erwähnungen festgehalten. (Woodward 2002: 367). Im zweiten Buch, das den Entscheidungsprozess im Vorfeld der Intervention im Irak beschreibt, findet sich im ausführlichen Index überhaupt keine Erwähnung der NATO mehr. (Woodward 2004: 447 – 467) Die NATO verschwand vom Radarschirm der US-Entscheidungszentrale. Und das markierte eine neuerliche Sinnkrise der Allianz.

3. Auf der Suche nach der Kernfunktion

Die Brüche 1995 und 2001 – die Entdeckung einer neuen Funktion und der scheinbare, anscheinende Verlust eben derselben – macht deutlich, was die NATO braucht, will sie ein Zukunft haben: Sie muss die sicherheitspolitische Brücke zwischen den USA und der EU sein. Die Aufgabe der NATO kann die kooperative Integration, zumindest aber die

Koordination der außen- und sicherheitspolitischen Intentionen der beiden atlantischen Mächte sein.

Um diese Funktion erfüllen zu können, braucht es aber eine Macht, die EU heißt – und die gibt es (noch ?) nicht im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Eine solche Macht gibt es jedoch sehr wohl im Bereich der Wirtschaftspolitik: In der WTO stehen die USA und die EU einander als annähernd gleiche Partner und Konkurrenten gegenüber. In diesem Sinne ist die WTO eine ökonomische Brücke, die den Atlantik überspannt.

Die NATO kann und will natürlich weder den globalen Charakter der WTO, noch deren Rolle als Instrument zur Lösung der Konflikte zwischen ihren Mitgliedern übernehmen. Die NATO braucht aber, wie die WTO, eine interne Balance. Und diese fehlt nicht nur in der Weltpolitik insgesamt, sondern auch und vor allem in den transatlantischen Beziehungen: Den USA ist in der Außen- und Sicherheitspolitik noch kein Partner erwachsen, der für ein Mehr an Balance sorgen könnte. Daher ist die NATO immer wieder dem nicht unberechtigten Verdacht ausgesetzt, nur die Wahl zwischen zwei aus europäischer Sicht offenbar nicht erwünschten Optionen zuzulassen: entweder den Nordatlantik-Pakt als Instrument vorrangig oder sogar ausschließlich amerikanischer Interessen zu akzeptieren; oder aber den Pakt zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen.

Die NATO als transatlantische Brücke braucht zwei einander ebenbürtige Pfeiler. Die EU ist aber – noch – nicht in der Lage, ein solcher Pfeiler zu sein. Zu sehr agieren im Zweifel immer nur die einzelnen EU-Mitglieder. Zu sehr treffen insbesondere die Sicherheitskonzeptionen Frankreichs und die Großbritanniens aufeinander: Die eine ist ausgerichtet am Ziel maximaler Autonomie der europäischen Sicherheitspolitik gegenüber den USA; die andere am Ziel maximaler Abstimmung eben dieser Politik mit den USA. (Lindstrom, Schmitt 2004; Dannreuther 2004; von Wogau 2004)

Die EU kann sich aber weder von der NATO lösen, noch auf Eigenständigkeit gegenüber den USA verzichten. Von den 25 EU-Mitgliedern sind 19 Mitglieder der NATO – darunter alle der großen Mitgliedstaaten. Die EU wird daher nicht in der Lage sein, eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zu kreieren, die vollkommen unabhängig von der NATO existiert – solange es die NATO gibt. Die bloße Existenz der NATO macht es faktisch unmöglich,

Dass sich NATO und EU nicht wirklich voneinander unabhängig entwickeln, zeigt ja auch die Parallele der Erweiterungen: Alle postkommunistischen Staaten, die der EU beigetreten sind,

sind – noch davor – das NATO beigetreten. Das gilt auch für Bulgarien und Rumänien, deren EU-Beitritt (vermutlich 2007) ebenfalls ihrem NATO-Beitritt folgen wird. Die Staaten des Westbalkan – allen voran Kroatien – verfolgen eine Politik des Beitritts sowohl zur NATO wie auch zur EU. Und die Türkei, Kandidat für eine EU-Mitgliedschaft, ist seit mehr als einem halben Jahrhundert Mitglied der NATO – und sieht einen EU-Beitritt nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zur Mitgliedschaft in der NATO.

Die Existenz und die Funktionalität der NATO als transatlantische Brücke, die Kooperation und Integration der Sicherheitspolitik der Partner diesseits und jenseits des Atlantik ermöglicht, ist allerdings an Voraussetzungen geknüpft:

1. „Keep the Americans in“: Die Realität des Unilateralismus und die Möglichkeit eines neuen Isolationismus der USA bedroht die NATO. Eine zunehmend unilateral agierende USA, die europäische Partner akzeptiert, ohne aber mit diesen gemeinsam die strategischen Entscheidungen zu treffen oder auch nur die Konzepte von Sicherheit und Sicherheitspolitik abzustimmen, braucht die NATO immer weniger. Eine potentiell isolationistische USA würde darüber hinaus logischerweise auf die NATO a priori verzichten. Daher muss es die Aufgabe der NATO sein und bleiben, die USA mit Europa zu verflechten. Jede gegenläufige Entwicklung gefährdet die Existenz – weil Sinnhaftigkeit – der NATO.
2. Ein Gleichgewicht zwischen beiden Seiten des Atlantik und damit die EU (ESVP) als kompetenter Partner innerhalb der NATO: Solange sich die Sicherheitspolitik Europas als eine nur teilkooordinierte Sicherheitspolitik nationalstaatlicher Akteure präsentiert, ist die NATO eine Allianz von Ungleichen. Erst eine Integration der trotz GASP und ESVP weiterhin nationalstaatlich bestimmten europäischen Sicherheitspolitik zu einer Sicherheitspolitik, die von einem einzigen Akteur – eben der EU – vertreten wird, gibt dem östlichen Teil der NATO die Kohärenz, die auf der westlichen Seite des Atlantik selbstverständlich ist; und erlaubt eine Partnerschaft zwischen Gleichen.

Ansätze zu dieser neuen Brückenfunktion gibt es: Am 11. August 2003 übernahm die NATO die Führung und Koordination der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) für Afghanistan. Dieser Einsatz hat mehrere, in die Zukunft weisende Akzente:

- Dies ist der erste Einsatz der NATO außerhalb des euro-atlantischen Raums. Damit haben auch die europäischen Mitgliedsstaaten der NATO akzeptiert, dass die Sicherheit weder Europas noch der USA eine räumliche Begrenzung der Sicherheitspolitik erlaubt;

dass – letztlich – die NATO eine globale Perspektive braucht und eigentlich auch schon hat.

- Dieser Einsatz zeigt, dass der Beitrag Europas zu einer mit den USA abgesprochenen Sicherheitspolitik nicht unbedingt in einem grundsätzlich (nur) auf „soft power“ abgestellten, weitestgehend militärische Gewalt ausklammernden Maßnahmenkatalog bestehen muss; dass also eine dauernde, die USA wohl auch mehrfach überfordernde Rollenteilung zwischen dem „bad cop“ USA und dem „good cop“ Europa innerhalb der NATO nicht möglich ist.

Die Notwendigkeit, die EU – und nicht nur die einzelnen europäischen Nationalstaaten – in die NATO einzubinden, ergibt sich auch aus den Bemühungen, spezielle Beziehungen zwischen EU und NATO zu entwickeln – so etwa auf dem Treffen in Madrid von Juni 2003, als die Außenminister der NATO-Staaten und der EU-Mitglieder zusammengetroffen sind. (NATO-EU ministerial meeting, in: Missiroli 2003, 97 f.) Dass da ein Großteil der Teilnehmer in Doppelfunktion auftreten musste – als NATO- und als EU-Repräsentanten, zeigt einerseits die Parallelität zwischen EU und NATO; andererseits aber auch die Schwierigkeit, jeweils mit einer Stimme zu sprechen.

Die Frage ist freilich, welche Kernfunktion eine solche Allianz zwischen Gleichen erfüllen könnte. George W. Bush hat anlässlich der NATO-Erweiterung 2004 versucht, diese Kernfunktion über ein (neues) „defining other“ zu bestimmen: „Today, our Alliance faces a new enemy, which has brought death to innocent people from New York to Madrid. Terrorists hate everything this Alliance stands for. They despise our freedom, they fear our unity, they seek to divide us. They will fail...That is the mission that history has set for NATO...” (zit. U.S. Department of State 2004: 2)

Das Problem, das sich hier auftut, ist „unity“: Die spanische Regierung hat auf den Terroranschlag in Madrid vom 11. März 2004 eine andere Konsequenz gezogen als es der US-Regierung wie auch der britischen Regierung lieb gewesen wäre. Die spanische Regierung hat eine spanische Konsequenz gezogen und die spanischen Truppen aus dem Irak abgezogen. Wie eine europäische Konsequenz ausgesehen hätte, das kann nicht gesagt werden. Aber wenn eine transatlantische Politik davon abhängt, ob 26 europäische Nationalstaaten sich mit den USA und Kanada auf eine gemeinsame Linie einigen können, steht es nicht gut um die Zukunft der NATO. Um die Zukunft der NATO würde es besser stehen, könnten die Europäer mit einer Stimme sprechen – mit der der EU.

Wenn die Kernfunktion der NAT weiterhin „kollektive Verteidigung“ ist (Brzezinski 2004), diese aber angesichts eines neuen, überaus diffusen Bedrohungsbildes eine völlig andere Form anzunehmen hat wie zwischen 1949 und 1989; und wenn diese „kollektive Verteidigung“ sich von einem primär militärischen Verständnis, konzentriert auf Sicherheit in einem engeren Sinn, sich zunehmend zu einem gesamtgesellschaftlichen Sicherheitsbegriff auszuweiten hat, dann braucht die NATO auch eine gesamtgesellschaftliche Legitimität. Dass die NATO im Irakkrieg – den die USA mit ihrem eigenen (und einem weltweiten) Sicherheitsbedürfnis legitimiert hat – keine Rolle als Akteur gespielt hat, angesichts der mangelnden innergesellschaftlichen Legitimität in einem Großteil der europäischen Partner (und in Kanada) auch keine spielen konnte, muss zu denken geben. Die neuen Herausforderungen an die NATO haben noch keine überzeugenden strukturellen Konsequenzen erzwungen, die erst eine strategische und operative Wahrnehmung einer klaren Kernfunktion erlauben würden.

Die Zukunft der NATO hängt, erstens, an der Bereitschaft der USA zu einer Politik der Kooperation zwischen Gleichen; und, zweitens, an der Fähigkeit der EU – weitgehend gleichzusetzen mit dem europäischen Teil der NATO, sich als Gleicher in die Allianz einzubringen.

Literatur:

- Brzezinski, Ian (2004): NATO: An Alliance Transforming. In: U.S.Department of State 2004, 10 – 12.
- Dannreuther, Roland (ed.) (2004): European Union Foreign and Security Policy. Towards a Neighbourhood Strategy. London.
- De Hoop Scheffer, Jaap (2004): The New Politics of Transatlantic Defense Cooperation. In: U.S.Department of State 2004, 13 – 15.
- Gärtner, Heinz; Hyde-Prince, Adrian; Reiter, Erich (eds.) (2001): Europe's New Security Challenges. London.
- Hoffmann, Stanley (2003): The crisis in transatlantic relations. In: Lindstrom 2003, 13 – 20-
- Kagan, Robert (2003): On Paradise and Power. America and Europe in the New World Order. New York.
- Lindstrom, Gustav (ed.) (2003): Shift or Rift. Assessing US-EU relations after Iraq. Paris.
- Lindstrom, Gustav; Schmitt, Burkard (eds.) (2004): One year on: lessons from Iraq. Chaillot Paper no. 68. Institute for Security Studies. Paris.
- Missiroli, Antonio (ed.) (2003): From Copenhagen to Brussels. European defence: core documents. Vol. IV. Chaillot Papers no. 67. Institute for Security Studies. Paris.
- Pradetto, August (Hg.) (2004): Sicherheit und Verteidigung nach dem 11.September 2001. Akteure – Strategien – Handlungsmuster. Strategische Kulturen Europas. Band 1. Frankfurt am Main.
- Schober, Wolfgang (2002): Die 4.Front. Die PR der NATO im Krieg. Exklusivinterview mit Jamie Shea. Wien.
- U.S.Department of State (2004): The U.S. and NATO: An Alliance of Purpose. <http://state.gov/journals/journals.htm> June 2004.

- Varwick, Johannes; Woyke, Wichard (2000): Die Zukunft der NATO. Transatlantische Sicherheit im Wandel. Opladen.
- Winn, Neil; Lord, Christopher (2001): EU Foreign Policy beyond the Nation State. Joint Actions and Institutional Analysis of the Common Foreign and Security Policy. Houndmills.
- Wogan, Karl von (ed.) (2004): The Path to European Defence. Antwerpen.
- Woodward, Bob (2002): Bush at War. New York.
- Woodward, Bob (2004): Plan of Attack. New York.